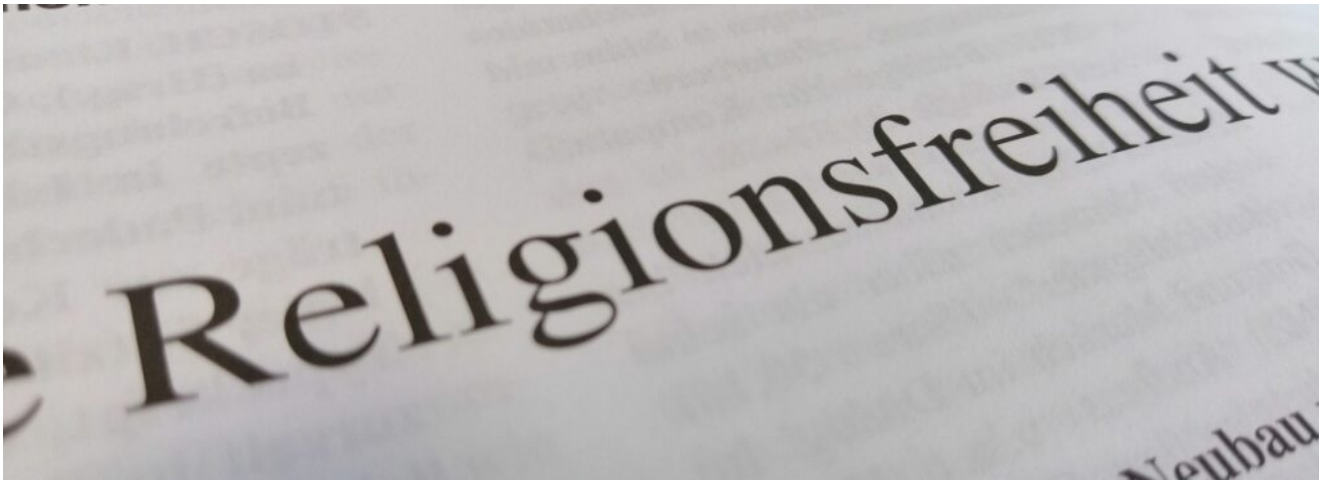
Weltweit größtes Treffen zur Religionsfreiheit in den USA

18. Juli 2019



Gegen Hass auf Einwanderer und Minderheiten Von Thomas Spang, Washington (KNA).

US-Außenminister Mike Pompeo sprach zur Eröffnung des weltweit größten Treffens zum Thema Religionsfreiheit salbungsvolle Worte: „Trotz unserer Differenzen stimmt hier jeder mit der Notwendigkeit von religiösem Pluralismus überein“, so der evangelikale Minister, der eine treibende Kraft hinter dem noch bis Freitag dauernden Gipfel ist. Es sei ein „moralisches Gebot“, so Pompeo, dass jeder Mensch glauben dürfe, was er wolle, sich versammeln und seinen Glauben verbreiten könne. „Alle Menschen an jedem Platz dieser Erde müssen ihren Glauben offen praktizieren dürfen.“

Runde Tische

Der US-Sonderbotschafter für Religionsfreiheit, der Katholik Sam Brownback, schlug vor, überall „Runde Tische“ zu etablieren, an denen Menschen zusammenkommen und darüber sprechen könnten, was sie etwa für die Religionsfreiheit tun könnten. „Obwohl die meisten Menschen in der Welt religiös sind“, so Brownback, „leben 80 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, die Religionen einschränken.“ Es sei Zeit, „den eisernen Vorhang religiöser Verfolgung ein für allemal einzureißen“.

Ausgerechnet der Gastgeber USA schneidet in der jüngsten Jahresstudie des renommierten Pew Research Center zur Religionsfreiheit deutlich schlechter ab als in den vergangenen Jahren. In fünf von acht Kategorien fielen die USA zum Teil deutlich gegenüber der ersten Erhebung 2007 zurück. Verschlechtert hat sich demnach etwa der Wert für Feindseligkeiten gegen Einzelpersonen oder soziale Gruppen. Auf einer Skala von null bis zehn rutschten die Vereinigten Staaten in dieser Kategorie von 3,3 im Jahr 2008 auf 8,4 im Jahr 2017.

Deutlich ist auch der Anstieg bei der Beschränkung religiöser Aktivitäten. Hier machte der

Wert in den USA einen Sprung von 1,9 auf 6,7. Besorgniserregend ist auch die Feindseligkeit durch organisierte Gruppen, deren Wert von 2,8 auf 5,8 kletterte.

Anstieg sozialer Feindseligkeiten

„Wir sehen einen Anstieg sozialer Feindseligkeiten in den USA insgesamt“, sagt Samirah Majumdar, die federführend an der Studie arbeitete. „2017 war ein besonderer Anstieg“. Seit der Amtsübernahme von Präsident Donald Trump nahmen Übergriffe auf religiöse Minderheiten in den USA zu. Betroffen waren vor allem Juden und Muslime. Hinzu kommen staatliche Sanktionen wie das Einreiseverbot für Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern. Beim Bedrängen von Einzelpersonen oder Gruppen steht Trumps Amerika auf einer Stufe mit Ländern wie Ägypten, Nigeria, Pakistan, Syrien oder der Zentralafrikanischen Republik.

Auch Israel stellt Pew übrigens ein schlechtes Zeugnis aus. Es stehe dem Iran in Sachen religiöser Restriktionen in nicht viel nach. Manche Werte seien schlechter als zum Beispiel im Bürgerkriegsland Syrien.

Diskriminierung und Gewalt gegen religiöse Minderheiten nehmen weltweit zu

Das Treffen über Religionsfreiheit findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem nach Erkenntnis der Forscher Diskriminierungen und Gewalt gegen religiöse Minderheiten weltweit zunehmen. 2017 hätten 52 Staaten Restriktionen gegen bestimmte Glaubensgemeinschaften verhängt; zehn Jahre zuvor seien es 12 weniger gewesen.

Besonders betroffen bleiben weiter der Nahe Osten und Nordafrika. In 17 der 20 Länder im Nahen Osten sei der Islam offizielle Staatsreligion. Saudi-Arabien habe Gesetze gegen Versuche, die „grundlegenden Prinzipien des Islam infrage zu stellen“.

Doch auch in Asien und Europa wächst der Druck auf religiöse Menschen. So gebe es in Europa beispielsweise in 20 Ländern Beschränkungen beim Tragen religiös motivierter Kleidung. In Asien begünstige Thailands neue Verfassung den Buddhismus. In China sei es nur ausgewählten Gruppen erlaubt, Gottesdienste zu feiern, heißt es in der Studie.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen in den USA warnte Rabbiner Jeffrey Myers von der jüdischen „Tree of Life Congregation“ in Pittsburgh, in der 2018 elf Menschen Opfer eines Hassverbrechens wurden, vor den Konsequenzen von Rassismus und Scheinheiligkeit. Die Sprache in den USA habe sich verschärft und trage zu Ärger und Hass auf Einwanderer und religiöse Minderheiten bei, sagte Myers bei Eröffnung des Treffens. Dafür dürfe es in Amerika „keinen Platz geben“.

(KNA - tkrlr-89-00005)

Stand: 16. November 2026